

Bieler Tagung 2001 : fast eine ganz normale Familie

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Fachzeitschrift Heim**

Band (Jahr): **72 (2001)**

Heft 12

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-812855>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Bieler Tagung 2001:

FAST EINE GANZ NORMALE FAMILIE

...pd. Eltern eines Kindes mit geistiger Behinderung zu werden, darauf sind die wenigsten vorbereitet. Bevor sie ihr Kind voll akzeptieren können, durchleben Eltern schwierige Phasen der Bewältigung. Wie sie zur «Normalität» finden, ihre Erfahrungen mit anderen teilen, sich organisieren, für die Integration ihrer Kinder kämpfen und als Mitglied einer Selbsthilfeorganisation sozialpolitische Veränderungen bewirken können, darüber diskutierten Ende Oktober 160 Personen an der insieme Bieler Tagung 2001.

Schwieriger «Normalisierungs»-Prozess für Eltern

Ob vor oder kurz nach der Geburt, ob im Verlauf der ersten Lebensjahre oder nach einem Unfall: Die Diagnose «Ihr Kind ist behindert» ist für die meisten Eltern ein Schock. Wie Käthi Rubin, Erwachsenenbildnerin und Mutter eines Jungen mit geistiger Behinderung, in ihrem Referat ausführte, durchleben Eltern zunächst eine Zeit der Trauer, der Angst und Unsicherheit. Voller Schuldgefühle, Selbstzweifel, Scham versuchen sie zu überleben.

Eltern beginnen, die Behinderung des Kindes zu verstehen. Sie eignen sich Wissen an, suchen den Kontakt zu anderen Betroffenen und fangen an zu suchen. Die eigene Einstellung zu behinderten Menschen wird überdacht, das Selbstverständnis muss revidiert werden. Lebensziele und Prioritäten werden anders gesetzt. Erwartungen an das Kind und die eigene Lebenssituation ändern, manchmal radikal.

Es kommt die Zeit, wo Eltern ihrer Lebenssituation positive Aspekte abgewinnen können: Wenn sie beim Kind Stärken entdecken, wenn sie ihre Situation akzeptieren und das Beste daraus machen wollen, dann setzt Normalisierung ein. Sie schätzen die Fähigkeiten und Einschränkungen des Kindes realistisch ein und können es als vollwertigen Menschen akzeptieren.

Eltern müssen früh lernen, ihr Kind loszulassen, gefühlsmässig und körperlich. Die Zusammenarbeit mit TherapeutInnen und Fachleuten kann dabei hilfreich sein. Oft muss dieser Prozess von Eltern bewusst angestossen, geplant und überwacht werden. Gerade wenn die Betreuung für lange der wesentliche Lebensinhalt war, ist der Schritt, das Kind in die Obhut anderer Bezugspersonen, in die Eigenständigkeit zu entlassen, besonders hart.

Eltern haben einen gesellschaftspolitischen Auftrag

Eltern haben vieles gemeinsam, betonte Rubin. «Wir haben einen gesellschaftspolitischen Auftrag.» Es gehe darum, selbstbewusst und entschlossen aufzutreten und das Positive weiterzutragen. Denn auch das behinderte Kind müsse eine starke Persönlichkeit, Selbstbewusstsein entwickeln können. «Es muss wissen, dass jeder Mensch anders ist. Es muss Zutrauen in seine eigenen Fähigkeiten entwickeln, sich selbst mögen. Es muss aber auch die Einstellung der Gesellschaft gegenüber behinderten Menschen kennen und lernen können, Vorurteile und Diskriminierungen zurückzuweisen.»

In Workshops hatten die Teilnehmerinnen Gelegenheit, die verschiedenen Aspekte zu vertiefen: z.B. Wie aus dem Schicksal, ein behindertes Kind zu haben, eine Chance fürs Leben werden kann. Wie Eltern trotz Erwartungen von Umfeld und Gesellschaft ihren Lebensentwurf leben können. Was es bedeuten kann, mit einem behinderten Geschwister gross zu werden, oder wie sich zwischen Fachleuten und Eltern Arbeitsbündnisse entwickeln können.

Elternvereinigungen sind Orte sozialer Veränderungen

Auch Michel Mercier, Professor für Psychologie aus Namur, Belgien, appellierte an die TagungsteilnehmerInnen, mit ihren Erfahrungen nicht einfach in den privaten Alltag zurückzukehren. Es lohne sich, sich zusammenzutun, um gemeinsam diesen gesellschaftspolitischen Auftrag anzugehen. Denn, so mahnte Mercier, was bisher zugunsten behinderter Menschen errungen wurde, seien keine gesicherten Werte. Gerade in unserer Kultur der Hochleistungen und Superlative sei die Solidarität mit behinderten Menschen gefährdet. Nach Mercier sind Eltern, Fachleute, InteressensvertreterInnen und politische Ent-

scheidungsträgerinnen gefordert, sich der Rechte behinderter Menschen anzunehmen. Elternvereinigungen wie insieme spielten dabei eine wichtige Rolle, um soziale Veränderungen in Gang zu setzen. Mercier erinnerte daran, dass die Elternbewegung der 60er Jahre massgeblich zur Verbesserung der Lebensbedingungen und zur Anerkennung ihrer Rechte beigetragen habe. Heute gelte es, solche Bewegungen zu reaktivieren.

Autonomie und Selbstermächtigung

In seiner Analyse machte Mercier deutlich, was damit gemeint ist, behinderte Menschen ernst zu nehmen: Es gehe darum, sie in ihrem sozialen und politischen Umfeld als vollwertige BürgerInnen zu akzeptieren. Und als solche sollen sie, mit ihren Möglichkeiten und Fähigkeiten, autonom handeln können. Wir müssen sie also dazu befähigen, als Einzelne oder als Gruppe, selbständig oder betreut, ihre Bedürfnisse auszudrücken, ihre Situation zu erklären, ihre Rechte einzufordern und selber Veränderungen zu initiieren. Dazu muss ihnen adäquate Beratung, Information, Bildung und Unterstützung zugänglich sein. Das bedingt, dass wir alle uns dafür einsetzen, behinderte Menschen gleichberechtigt an der Gesellschaft teilhaben zu lassen. Autonomie so verstanden setze die Solidarität aller voraus, betonte Mercier. Vereinigungen wie insieme, die sich für Autonomie und Mitbestimmung behinderter Menschen einsetzen, spielten dabei eine wichtige Rolle. Sie seien nämlich Orte der Emanzipation und des Austauschs mit andern MitbürgerInnen.

Lernen durch Ansporn und Ratschläge Mitbetroffener

An zwei Methoden zeigte Mercier auf, wie Emanzipation innerhalb der Elternvereinigung stattfinden kann: Im Lernen durch den Ansporn Mitbetroffener (Peer Supporting) und durch deren Ratschläge (Peer Councelling). Beim Peer Supporting lernen behinderte Menschen, die sich zusammenschliessen, an bewährten Praktiken, sich ihrer Situation bewusster zu werden. Sie erkennen zum Beispiel, wo sie diskriminiert werden. Im Informations-

Fortsetzung auf Seite 642

Jubiläumstagung von INSOS Zürich vom 31. Oktober 2001

STATIONÄRE DIENSTLEISTUNGEN FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNG

Von Martina Nigg

Die INSOS, Branchenverband für Institutionen für Menschen mit Behinderung im Kanton Zürich, lud anlässlich ihres 75-jährigen Bestehens zu einer Tagung in die Martin Stiftung in Erlenbach ein. Ziel war es, sich vor allem mit der Zukunft die Behinderteninstitutionen auseinander zu setzen. Dr. Eberhard Ulich und Prof. Dr. em Hans Ruh, die beiden prominenten Gastredner, referierten darum zur Frage: Wie wird die Welt der stationären Dienstleistung für Menschen mit Behinderung in 10 Jahren aussehen?, welche das Motto dieser Tagung darstellte.

«Der Wandel der Begriffe und Bezeichnungen veranschaulicht ganz deutlich, wie sich in den letzten Jahren die Werthaltung der Gesellschaft verändert hat», erläuterte *Jean-Pierre Wullemin*, Präsident der INSOS, in seiner Begrüssungsansprache an die zahlreichen Tagungsteilnehmer. «Da ist zum Beispiel der Begriff «Krüppel», den man früher benutzte, um Menschen mit fehlenden Gliedmassen zu beschreiben. Heute nennt man sie «körperlich Behinderte.» Diese deutlichen Veränderungen können als Zeichen für eine Verbesserung unseres Verständnis-

Fortsetzung von Seite 641

und Erfahrungsaustausch mit vertrauensvollen GesprächspartnerInnen können sie zu einer neuen Haltung finden. Indem sie selber an gemeinsamen Aktionen teilnehmen, erleben sie sich selbst als Akteure in einem Veränderungsprozess. Sie nehmen Einfluss auf ihre Umgebung und können sich so als Mitglieder eines sozialen Gefüges begreifen. Beim Peer Councelling teilen die Mitglieder einer Gruppe ihre Erfahrungen aus. Ratsuchenden, die sich noch in einer labilen Situation befinden, kann mit einer solchen Beratung einfühlsam geholfen werden, die eigene Situation neu zu interpretieren, Visionen und eigene Problemlösungen zu entwickeln.

Mercier wies darauf hin, dass sich im Bereich der Interventionen bei behinderten Menschen positive Entwicklungen abzeichnen im Sinne von mehr Autonomie und Mitbestimmung. Solche Veränderungen seien aber nur gemeinsam mit den behinderten Menschen und ihren Familien möglich. Alle müssen dabei persönliche Verantwortung übernehmen und in kollektiven Projekten AkteurInnen der Veränderung werden. ■

ses für die soziale Umwelt verstanden werden. Durch diese positiven Erkenntnisse bestärkt, soll nun gemeinsam, optimistisch in die Zukunft geschaut werden, so Wullemin weiter. Er ging nur kurz auf die Ereignisse bei der Swissair ein. Bedauerlich seien die dadurch verlorengegangenen Aufträge bei den Behindertenwerkstätten, wie die Kopfhörerreinigung, ... «aber», so fügte Wullemin an, «wir müssen die Vergangenheit nun ruhen lassen und unseren Blick nach vorne richten.» Die Zukunft bildete denn auch das zentrale Thema der Tagung.

Für den kurzfristig entschuldigten *Ueli Merten* sprang *Angela Fürer* ein. Nach einem Rückblick und der Erläuterung einiger Punkte für die Entwicklungen in der Zukunft, übergab sie das Wort Herrn *Urs Christoph Dieterle*, Chef des Amtes für Soziales und Sicherheit des Kanton Zürichs. Er sprach über das Leitbild der INSOS, erwähnte das gegenwärtige differenzierte Angebot, welches von Privaten getragen wird und äusserte sich am Schluss zum neuen Finanzausgleich (vom Bund auf die Kantone, Inkrafttreten im Jahre 2006) bei der Invalidenversicherung. «Die INSOS will Einfluss nehmen auf Politik und Wirtschaft.» In seinen abschliessenden Worten gratulierte Dieterle der INSOS zu ihrem 75-jährigen Bestehen.

Modell des Grundeinkommens

Prof. Dr. Eberhard Ulich referierte abschliessend zum Thema «Zukunft der Arbeit». Er kritisierte die teilweise negativen Zukunftsvisionen von sogenannten «Zukunftsforschern» als kontraproduktiv. Negative Gefühle vermögen den Verlauf der Dinge erheblich zu beeinflussen. Was ist denn daran wirklich gut, an der «schönen, neuen Arbeitswelt? Wer will – und wer kann – sein Leben als «Pat-

chworker» oder «Lebensunternehmer» verbringen? Ich wünschte, dass wir mit der Zukunft unserer Gesellschaft weniger leichtfertig umgingen.»

Ein wichtiges Modell zur Behebung der vorherrschenden Missstände ist nach Ansicht von Ulich das Modell des Grundeinkommens. Dieses soll mittels einer negativen Einkommenssteuer finanziert werden und brächte Vorteile wie: Materielle Unabhängigkeit, insbesondere auch der Frauen von den Männern und der Arbeitnehmer von den Arbeitgebern oder auch eine Steigerung der individuellen Risikobereitschaft und etliche mehr. So würden neben ökonomischen Wertschöpfungen auch die sozialen Wertschöpfungen treten, resümierte Ulich.

Anrecht auf Chancengleichheit

Zum «Ausgleich unverschuldeter Ungleichheit, auch in der Arbeitswelt» trug *Prof. em. Dr. Hans Ruh* seine Ideen, Visionen und Lösungsansätze vor. Die ethischen Grundbegriffe sind nach seiner Meinung nichts anderes als Lebensweisen und stammen aus den Erfahrungen der Menschheitsgeschichte. Die Solidarität ist einer dieser Begriffe und gleichzeitig das grösste Anliegen von Hans Ruh an unsere Gesellschaft. Die Ideen der Solidarität, so betonte Ruh, würden die Sicherheit der Gesellschaft gewährleisten und bedeuteten generell eine Optimierung der Chancen für die «Schwächeren». Somit fände ein Ausgleich zwischen den verschiedenen Gesellschaftsgruppen statt, welche alle ein Anrecht auf Chancengleichheit haben. Ein Beispiel für die «Umsetzung der Solidarität» wäre nach Ruh die Freiwilligenarbeit. Profis arbeiten zusammen mit Laien, inspirieren und helfen sich gegenseitig und die «Schwächeren» könnten so gut integriert werden. Dr. Hans Ruh schloss sein Referat mit den Worten: «Lang-Zeit überlebensfähig ist einzig und alleine eine solidarische Gesellschaft!»

Am Nachmittag fanden Workshops zu den in den Referaten gemachten Aussagen, Thesen, den gegebenen Inputs und / oder den Visionen statt. Mit den in den Gruppen erarbeiteten Ideen und Stichworten, möchte man sich in der nächsten Sitzung («Wie weiter») auseinandersetzen. ■